

## Hansestadt Osterburg (Altmark)



TYP: Beschlussvorlage  
Status: öffentlich  
Nummer: III/2024/594

Datum: 26.03.2024  
Aktenzeichen:  
Einreicher: Bürgermeister  
Federführendes Amt: Ordnungsamt

Gremium	Termin	Genehmigung	Stimmverh.	J	N	E
Stadtrat	09.04.2024					

### Betreff

Befürwortung Durchführung einer bevölkerungsrepräsentativen subjektiven Sicherheitsbefragung und einer evidenzbasierten lokalen Sicherheitsanalyse (ELSA)

### Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) befürwortet die Durchführung einer bevölkerungsrepräsentativen Sicherheitsbefragung und einer evidenzbasierten lokalen Sicherheitsanalyse (ELSA), die in Zusammenarbeit mit der Hochschule Stendal-Magdeburg und dem Bundeskriminalamt durchgeführt werden soll.

.....  
Bürgermeister

### Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Für die Hansestadt Osterburg (Altmark) hat sich die Möglichkeit eröffnet, in Zusammenarbeit mit der Hochschule Stendal-Magdeburg und dem Bundeskriminalamt eine bevölkerungsrepräsentative Sicherheitsbefragung und eine evidenzbasierte lokale Sicherheitsanalyse (ELSA) durchzuführen.

ELSA verfolgt mit einer Analyse verwaltungsseitig vorliegender Daten sowie einer Mitarbeiterbefragung einen behördlichen Ansatz mit Blick auf Stadt und Polizei. Hierbei werden die Analyse mit den jeweiligen Datenzulieferungen und die Mitarbeiterbefragung gemeinsam durchgeführt.

ELSA erlaubt mit den enthaltenen Modellen (Analysemodell und Zusammenhangsmodell) kommunalen Sicherheitsakteuren die selbständige Durchführung lokaler Zustandsanalysen hinsichtlich Sicherheit und Kriminalität und gibt Hinweise für die Ableitung von Maßnahmenpaketen. Hierfür zeigt das Analysemodell die Möglichkeiten der Messung und systematischen Kontextualisierung von Einflussfaktoren auf, welche die Risiken und Chancen für die Sicherheit in kleinräumigen Gebieten sowie die Stärken und Schwächen der lokalen Akteure abbilden, diese Chancen zu nutzen bzw. die Risiken zu minimieren. Das Zusammenhangsmodell gibt Hinweise zur Konzeption von Maßnahmen.

In Verschränkung mit ELSA wird parallel eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durchgeführt, so wie in Tangermünde (2020), Stendal (2021) und Gardelegen (2022) bereits passiert.

Für diese Befragung müssen im Vorfeld einzelne Quartiere gebildet werden. Nach Absprache mit Herrn Prof. Dr. Matthias Morfeld von der Hochschule Stendal-Magdeburg sind wir zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen, dass die einzelnen Ortschaften jeweils ein Quartier bilden sollen.

Aus dem jeweiligen Quartier werden dann alle Einwohner mit Erstwohnsitz, welche zum Stichtag 16.02.2024 mindestens 16 Jahre alt waren, ermittelt. Danach erfolgt eine Einteilung nach Altersgruppen und Geschlechtern. Von den daraus resultierenden Personengruppen wird jeweils ein bestimmter Prozentsatz per Zufallsverfahren ermittelt. Die dadurch ermittelten Einwohner erhalten jeweils einen Fragebogen, der nur noch ortsspezifische Anpassungen braucht.

Der Rücklauf wird in der Verwaltung gesammelt und anschließend der Hochschule Stendal-Magdeburg übergeben. Ein Rückschluss auf die jeweils befragte Person ist hierbei nicht möglich.

Nach Abschluss der ELSA-Analyse und der Bürgerbefragung werden die jeweiligen Ergebnisse im Rahmen eines gemeinsamen Pilotprojekts zusammengeführt.

Aus Sicht der Hansestadt Osterburg (Altmark) wäre die Durchführung der Sicherheitsbefragung und von ELSA ein Gewinn in Bezug auf die weitere Arbeitsweise einzelner Verwaltungsbereiche. ELSA und die Sicherheitsbefragung können dazu beitragen, bestimmte Maßnahmen zielgerichteter und maßvoller zu treffen und das Sicherheitsgefühl der Bürger der Hansestadt Osterburg (Altmark) zu stärken.

Auf Nachfrage wurde uns seitens der Städte Tangermünde, Stendal und Gardelegen mitgeteilt, dass diese Kommunen von der Bürgerbefragung profitieren.

Herr Prof. Dr. Matthias Morfeld sowie Herr Fabian Mayer und Frau Bernadette Hof vom Bundeskriminalamt werden während der Stadtratssitzung dieses Projekt näher erläutern und sich den noch offenen Fragen stellen.

### **Empfehlung der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat der Beschlussvorlage zuzustimmen.

### **inanzielle Auswirkung:**

Das Versenden der Unterlagen inkl. der für die Rücksendung beizulegenden vorfrankierten Briefumschläge wird je zu befragenden Einwohner 2,00 Euro Kosten verursachen.

Ausgehend von 852 Befragungen werden demnach Gesamtaufwendungen in Höhe von 1.704,00 Euro entstehen. Diese gehen zu Lasten des Produktkontos 12201001.54310000.

---

Unterschrift Amtsleiter

---

Mitzeichnung Kämmerer